

ULLA JELPKE

## Staatliche Repression, Bürgerrechte und das Problem der öffentlichen Sicherheit

Ich möchte meine Gedanken möglichst eng anhand meiner politischen Praxis entwickeln.

Wir eröffnen heute kein Winter- oder Sommersemester. Diese Konferenz ist der innen- und rechtspolitische Auftakt für das anstehende Wahljahr. In den kommenden Monaten geht es für die PDS dabei natürlich um den Wiedereinzug in den Bundestag.

Und dies wenn möglich in Fraktionsstärke. So soll der notwendige Macht- und Politikwechsel in Bonn und später in Berlin eingeleitet werden. Aus Sicht der PDS besteht die Pikanterie des Wahlkampfes im folgenden: Auf Bundesebene kämpfen wir ums politische Überleben. Gleichzeitig stehen wir in einigen Bundesländern vor einer möglichen Regierungsbeteiligung.

Machen wir uns nichts vor: Das wird Auswirkungen nicht nur auf die Wahlkampfstrategie, sondern auch auf das publizistische Profil der PDS haben – gerade im Bereich der Ausländer- und Kriminalpolitik.

Wir stehen vor einem Bundestagswahlkampf, in dem die Bundesregierung voll auf das Thema Kriminalität setzen wird. Die Konservativen kündigen eine »grundsätzliche Neubestimmung auf die Funktion von Recht und Ordnung in einer freiheitlichen Gesellschaft« an, so Edmund Stoiber am 5. September 1997 im Bundesrat. Kriminalitätsängste sollen systematisch geschürt werden. Als konsequente Fortführung ihrer Politik der sogenannten »Inneren Sicherheit« wird Kanther ein ums andere Mal für den Abbau von Grundrechten sowie die Einschränkung der demokratischen Kontrolle von Polizei und Geheimdienst plädieren: Sein Allheilmittel im Kampf gegen das Verbrechen.

Auf die SPD ist in dieser Frage kein Verlaß. Das lehrt uns nicht nur eine Rückschau auf die repressiven Schattenseiten der sozial-liberalen Koalition der siebziger Jahre. Auch das Verhalten der SPD beim Großen Lausangriff und EUROPOL zeigt: Die Sozialdemokratie wird die Geister nicht mehr los, die Schröder und Voscherau im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf riefen. Denn ansonsten werden die Konservativen die SPD immer wieder aufs Neue als »unzuverlässige Schlappschwänze« durch die Wahlkampf-Manege führen.

Speziell die Lüge der vermeintlich höheren Kriminalität von Nichtdeutschen müssen wir im Wahlkampf angreifen: Denn Neonazis benutzen diese Hetzpropaganda nur allzu gern als offizielle Entschuldigung für ihre Anschläge. Im ersten Halbjahr 1997 hatten

Ulla Jelpke – Jg. 1951; Diplom-Soziologin, Volkswirtin (über 2. Bildungsweg, 1993); lebt in Hamburg. Als Linke aktiv in den 60ern, vor allem in der autonomen Frauen- und später Umweltbewegung, seit 1981 aktiv als Strafvollzugshelferin; 1981/89 zweimal als Abgeordnete der GAL in die Bürgerschaft Hamburg gewählt, dort schwerpunktmäßig im IUnnen-, Rechts-, Frauen- und Sozialausschuß gearbeitet; zwischenzeitlich wegen Rotation 3 Jahre Frauenreferentin der GAL-Fraktion; MdB seit 1990; innenpolitische Sprecherin der PDS.

wir im Vergleich zu 1996 einen zehnprozentigen Anstieg rassistischer und antisemitischer Straftaten zu verzeichnen. Im letzten Oktober betrug die Steigerungsrate schon 49 Prozent!

Aber – auch hier dürfen wir uns nix in die Tasche lügen – der Appell an die subjektiven Kriminalitätsängste verfährt auch in unseren Reihen – in unserer Mitgliedschaft sowie der von uns angepeilten WählerInnenklientel. Das ist auch nicht verwunderlich und – für sich betrachtet – auch nicht verwerflich.

Der Auftrag an die PDS lautet, auf Kriminalitätsbefürchtungen linke, Demokratie und BürgerInnenrechte stärkende Antworten zu finden. Und diese müssen an der Basis auch verstanden und nachvollzogen werden können

Was ich damit meine? Allerorten wird von dem ach so grandiosen New Yorker Modell zur Kriminalitätsbekämpfung gesprochen.

Entsprechend der sogenannten »Theorie der Zerbrochenen Fenster« wird dort die Polizei zur »Verbesserung der Lebensqualität« auf die Straße geschickt.

Die Theorie der »Zerbrochenen Fenster« baut auf folgendem Bild auf: An einem leerstehenden Haus wird ein Fenster von Kindern eingeschmissen. Deren Eltern bestrafen die Kinder nicht. Die Sprößlinge werden noch aufsässiger. Eingeschüchterte Familien verlassen das Viertel. Sozial bindungslose Bewohner ziehen statt dessen ein. Abfall häuft sich. Die Leute beginnen öffentlich zu trinken. Betrunkene treiben sich rum und schlafen in aller Öffentlichkeit ihren Rausch aus. Und dann wird man auch noch von Bettlern angesprochen.

Das zerbrochene Fenster wird zum Ausgangspunkt eines Verwahrlosungsprozesses, der – so die Theorie – schnurstracks bei Mord und Totschlag endet.

Die BürgerInnenrechts-Bewegung und die Grünen fragen nun, warum man in New York zur Reparatur von Fenstern die Polizei und nicht einen Glaser ruft. Als Linke sollten wir meines Erachtens jedoch darüber hinausgehend fragen, welcher Grundstücksmakler oder Miethai dafür verantwortlich ist, daß das Haus, dessen Fenster eingeschmissen worden sind, überhaupt leersteht!

Eine derartige Herangehensweise an Kriminalpolitik – das ist der Lackmestest für eine sozialistische BürgerInnenrechtspartei, und als eine solche sollte sich die PDS verstehen.

Wir stehen vor dem Problem, daß sich die Debatte um die Kriminalitätsentwicklung im allgemeinen und die der sogenannten »Ausländerkriminalität« im besonderen regelmäßig einem rationalen Diskurs verschließt. Es erweist sich als weitgehend sinnlos, der Furcht vor dem Verbrechen mit einem aufklärerischen Verweis auf die Tücken der polizeilichen Kriminalstatistik begegnen zu wollen.

Über die Existenz von Kriminalitätsängsten zu jammern imponiert niemandem. Und es hilft keinem. Es geht vielmehr um den richtigen Umgang mit der Furcht vor Kriminalität. Hierbei kommt es für die PDS auf zweierlei an:

*Erstens* muß geklärt werden: Woraus bestehen und woraus speisen sich diese Kriminalitätsängste eigentlich?

Als *zweites* – und dies ist nach meinen Erfahrungen für die PDS eine besondere Herausforderung – muß der Standpunkt festgelegt

werden, von wo aus wir die Kriminalitätsentwicklung betrachten. Und woher entwickeln wir unsere strategischen Überlegungen im Bereich der Kriminalpolitik überhaupt? Aus der Antwort auf diese Frage läßt sich dann auch festlegen, wer alles unsere BündnispartnerInnen sind.

Im Hinblick auf die *erste* Frage hat Michael Schumann auf der kriminalpolitischen Schwerpunktsitzung der PDS-Bundestagsgruppe meines Erachtens vollkommen zu Recht darauf hingewiesen: Kriminalitätsängste dürfen nicht isoliert gesehen werden. Sie entwickeln sich erst vor dem Hintergrund der Erfahrung eines freien Falls in die Armut. Wir sind in einer historischen Etappe, in der sich der Kapitalismus weltweit weitgehend widerstandslos durchsetzt. Es kommt zu einer »neuen Unübersichtlichkeit« wirtschaftlicher und sozialpolitischer Entwicklungen.

Gerade die Standortlogik – das haben wir uns (glaube ich) noch nicht genug vergegenwärtigt – führt zu einer weitgehenden Lähmung des reform-politischen Lebens. Was ich damit meine? Der Sozialstaat und die Rolle der Gewerkschaften erscheinen nur noch als lästige Standortnachteile. Es wird so getan, als diene dem Wohl des nationalen Wirtschafts-Standorts allein der freiwillige Verzicht auf soziale und tarifliche Forderungen. Widerstand gegen diese Logik wird so zum Widersinn. Zum sozialen Abstieg gesellt sich so die politische Perspektivlosigkeit.

Nur so wird das Entstehen und die Dynamik der Kriminalitätsbefürchtungen verständlich:

Selber arbeitslos und ohne Aussicht auf Anstellung, gegebenenfalls noch überschuldet, die Kinder ohne Lehrstelle. Hinzu kommt die Angst um die Wohnung. Und an all dem soll man auch noch selber schuld sein!

Vor diesem Hintergrund kommt selbst Bagatell- und speziell Eigentumsdelikten eine große Rolle zu.

Vor allem, wenn PolitikerInnen Kriminelle (oder besser noch das »Organisierte Verbrechen«) als eigentliche Bedrohung unserer Demokratie anbieten. Das ist zwar eine wirksame Sündenbock-Politik, die wir aber nicht durchgehen lassen dürfen!

»Die PDS nimmt die Sorgen der Menschen um persönliche Sicherheit und Schutz vor kriminellen Angriffen ernst«. So steht es im Entwurf unseres Wahlprogramms. Aber – ich zitiere Michael Schumann gerne ein zweites Mal (und dies gerade vor dem Hintergrund einer um den parlamentarischen Wiedereinzug kämpfenden Partei): »Wir dürfen überall populistisch sein, nur nicht in der Ausländer- und Kriminalpolitik.«

Ich komme damit zu meiner *zweiten* Frage, der des eigenen Standorts:

Mit dem bloßen »Ernstnehmen« von zumindest subjektiv empfundenen Problemen ist keinem gedient. Wenn wir auf die weitverbreitete Furcht vor dem Verbrechen Antworten geben möchten, die auch ankommen, sollten wir kurz innehalten. Wir sollten uns fragen, aus welchem Blickwinkel heraus wir das Kriminalitätsgeschehen betrachten und unsere Lösungen vorschlagen:

Entweder tun wir dies aus Sicht des Staates bzw. einer ehemaligen Staatspartei.

Oder es geht uns primär um die Bürgerrechte – also um die Stärkung der Abwehrrechte der/des einzelnen gegenüber dem Staat.

Laßt mich das anhand der Gegenüberstellung folgender Begrifflichkeiten erläutern:

*Erstens:* Wir sollten meines Erachtens den Begriff der »Inneren Sicherheit« nicht verwenden. Dies ist ein Begriff der Herrschenden, der im Zuge der »Terrorismusbekämpfung« kreiert worden ist. In ihm wird ein staats- und polizeifixiertes Sicherheitsverständnis ausgedrückt. Wie bei der »äußeren Sicherheit« schaut Staat auf die Gesellschaft: Stets werden Feinde der »Inneren Sicherheit« gesucht und gefunden, die den Staat jeweils an den Rand des Notstandes bringen.

*Zweitens:* Ich sage aber auch ganz offen: Die PDS sollte meiner Meinung nach auf die Verwendung des Begriffes der »persönlichen Sicherheit« verzichten. Ich meine hier nicht nur die eben zitierte Passage aus dem Entwurf des Wahlprogramms. Sondern auch die Überschrift und Konzeption eines entsprechenden Positionspapiers aus Mecklenburg-Vorpommern. Das heißt nicht, die Nöte der von Kriminalität Betroffenen zu ignorieren oder gering zu schätzen. Schließlich geht es hier um den Schutz von Rechtsgütern.

Mir scheint nur die Perspektive falsch gewählt: nämlich die des (bedrohten) Individuums auf die Kriminalität. Das individuelle Sicherheitsempfinden ist jedoch kein verlässlicher, weil nicht objektivierbarer Gradmesser. Meines Erachtens sollte aber gerade in dem sensiblen Bereich der Kriminalpolitik eine nüchterne, an den Fakten orientierte, aufklärerische Politik betrieben werden.

Diskussionen mit der Bevölkerung zeigen immer wieder, wie schnell der gesellschaftliche Charakter von Kriminalität verloren geht, wenn Kriminalität aus der Warte der »persönlichen Sicherheit« betrachtet wird.

*Drittens:* Die PDS sollte statt dessen den Begriff der »Öffentlichen Sicherheit« als Grundlage ihrer Kriminalpolitik übernehmen. Mit diesem Begriff wird – so meine ich – unmißverständlich klar gemacht, daß Kriminalität Gegenstand öffentlichen Interesses ist.

Kriminalität ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Sie hat gesellschaftliche (also: soziale, wirtschaftliche und politische) Ursachen. Die Kriminalpolitik steht zu allererst in der Verantwortung einer um soziale und demokratische Reformen kämpfenden Öffentlichkeit. Hierzu gehört auch die Polizei – aber eben nur an zweiter Stelle.

Ich möchte meine eher grundsätzlichen Überlegungen nun anhand von Erfahrungen aus kriminalpolitischen Debatten innerhalb der PDS verdeutlichen. Ich tue dies entlang der Vorgaben aus der Überschrift meines Referates.

*Erstens:* Ich frage nach unserem Umgang mit staatlicher Repression.

*Zweitens:* Ich frage mich des weiteren, welche Rolle Demokratie und Bürgerrechte in unseren strategischen Überlegungen spielen und

*drittens:* welchen sicherheitspolitischen Ansatz wir vertreten.

*Die Frage des Umgangs mit staatlicher Repression* möchte ich anhand dessen diskutieren, wie die PDS auf die Erwähnung in diversen Verfassungsschutzberichten reagiert.

Die heutige Konferenz wird ja auch damit begründet, daß die PDS – gerade in Westdeutschland – zunehmend als verfassungsfeindlich wahrgenommen würde. Nun, werfen wir einen Blick in den aktuellen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Grundsätzlich wird der PDS darin vorgeworfen, »radikale Veränderungen« im Hinblick auf eine »andere Gesellschaft« anzustreben.

Lothar Bisky wird vorgehalten, die PDS »im weiten Sinne als gesellschaftliche Opposition« zu verstehen.

Gregor Gysi hingegen lehne es ab, »sich den herrschenden Strukturen unterzuordnen und anzupassen«.

Anfang 1997 hatte der bayerische VS eine Broschüre zur PDS vorgelegt. Die bayerischen Schlapphüte werfen der PDS darin vor, »einen zweiten Sozialismusversuch auf deutschem Boden« anzustreben. Vorschreiben möchte man der PDS, wie sie die DDR-Geschichte aufzuarbeiten habe. Alles nach dem Motto: Die DDR machte keine Fehler, sie war der Fehler – und dies von Beginn an.

So richtig in Fahrt gekommen, kennt der bayerische VS kein Halten mehr. Die PDS vertrete »einen konsequenten Internationalismus« und sei »dem Antifaschismus verpflichtet.« Wohlgermerkt: Auch dies Indizien für die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der PDS.

Neben all diesem Quatsch geht es aber auch handfest zur Sache: Allein in Berlin werden zwei Untergliederungen der PDS, die »Kommunistische Plattform« und die »AG Junge GenossInnen«, sowie das »Marxistische Forum«, die »AG Autonome Gruppen«, die »AG BWK«, das »Forum West« und die BO Kreuzberg ausspioniert.

Die entscheidende Frage im Hinblick auf diese Form staatlicher Repression ist für mich der innerparteiliche Umgang:

Welchen Stellenwert räumen wir der Erwähnung im VS-Bericht ein?

Welche Auswirkungen hat diese Erwähnung auf Themen und Positionen der PDS?

Und wie geht die PDS mit den ausspionierten Parteigliederungen um?

Die PDS ist für die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Eine demokratische Verfassung wird am besten durch die demokratische Teilhabe von BürgerInnen geschützt und nicht durch eine demokratiefeindliche, geheimdienstliche Ausforschung ihrer politischen Gesinnung.

Diesen Ansatz sollten wir nicht vergessen im innerparteilichen Umgang mit denjenigen, die vom VS denunziert werden.

Die KPF oder das »Marxistische Forum« mögen hierbei die Lieblinge bürgerlicher Medien sein, aber: Gemeint sind wir alle! Dies geht meines Erachtens aus den absurden Vorhaltungen gegen Gregor Gysi und Lothar Bisky deutlich hervor. Wenn das schon verfassungsfeindlich sein soll, was ihnen vorgeworfen wird, dann ist die Latte schon so nahe am Boden, da kann keiner – auch in noch so angepaßter oder noch so gebückter Haltung – unten durchkrabbeln.

Zweitens warne ich davor, sich vom dem VS strategische Debatten bzw. Spaltungslinien aufschwätzen zu lassen. Man muß kein Fan dieser oder jener Plattform, Gruppe oder AG sein, wenn man auch in dieser Frage für eine Diskussionskultur plädiert, in der offen und demokratisch über die jeweiligen Inhalte und die politische Praxis der einen oder anderen Seite debattiert und gestritten wird. Der Verfassungsschutz ist hierbei sicher der denkbar schlechteste Berater.

*Zweitens frage ich mich, welchen Stellenwert wir BürgerInnenrechten tatsächlich einräumen?*

Wie ich dazu komme, dies überhaupt zu fragen? Nun, ich erinnere mich noch ganz gut, als auf einer kriminalpolitischen Konferenz einer unserer rechtspolitischen Sprecher meinte, er sei zwar gegen den Großen Lauschangriff, aber gegen die Wanze unterm Chefsessel hätte er nichts einzuwenden.

Dies ist genau der Populismus, vor dem zu Recht gewarnt wird.

Wir haben uns in den vergangenen Wochen und Monaten im Bundestag nicht deswegen so gegen die Legalisierung des Großen Lauschangriffes eingesetzt, weil der Bereich der Wirtschaftskriminalität ausgespart worden ist. Vielmehr verletzt der Große Lauschangriff unseres Erachtens die Menschenwürde – und zwar auch die des Wirtschaftskapitäns. Gleiches gilt für die Ablehnung von Kronzeugen oder des Telefonabhörens bei der Korruptionsbekämpfung.

Das Strafrecht ist ohnehin der falsche Weg. Der kriminelle Mißbrauch ökonomischer Macht (Korruption, Umweltkriminalität, Steuer-, Subventions-, Anlage- und Konkursbetrug) muß durch den Ausbau demokratischer Kontrollen bekämpft werden. Der Schutz und der Ausbau von Abwehrrechten des einzelnen gegenüber dem Staat – das ist das Maß der Dinge für eine sozialistische BürgerInnenrechtspartei.

Bei der *Diskussion um die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit* kommen wir an der Rolle der Polizei in der Gesellschaft nicht vorbei.

Um es vorweg zu sagen: Die PDS ist nicht gegen die Polizei. Sie ist für eine andere Polizei – für eine grundlegende Polizeireform. Der diesbezügliche Beschluß des Berliner Landesparteitags vom Juni 1997 macht klar: Wir wollen eine auch in ihren Binnenstrukturen demokratische Polizei. Eine, die den BürgerInnenrechten verpflichtet ist. Und eine abgerüstete Polizei wünschen wir uns, die sowohl auf Geheimdienst-Methoden wie auch auf Mittel verzichtet, die bei Demonstrationen regelmäßig zu gefährlichen Verletzungen führen.

Laßt mich die innerparteiliche Diskussion über die Rolle der Polizei zum zweiten an der Frage der Kommunalen Kriminalprävention verdeutlichen: Das ist derzeit das Modewort. Alle Parteien sind dafür. Auch in der PDS ist dieser Ansatz außerordentlich populär. Das hat zum einen etwas mit der starken kommunalen Verankerung der PDS zu tun. Zum anderen eröffnen »kriminalpräventive Räte« die Möglichkeit, vor Ort scheinbar etwas Handfestes gegen »die Kriminalität« zu unternehmen.

Aber: Um ein linkes Profil zu entwickeln, erscheint es mir notwendig herauszustellen, was uns in diesem Punkt von den anderen Parteien unterscheidet.

Im Entwurf des Wahlprogramms heißt es: »Die PDS begrüßt es, wenn sich Bürgerinnen und Bürger um Fragen der öffentlichen Sicherheit kümmern und sich zu Präventionsräten zusammenschließen«.

Aber was soll dort geschehen? Es weist meines Erachtens in eine fatale Richtung, wenn ein PDS-Landesverband die Aufgabe kommunaler Prävention darin sieht, »alle gesellschaftlichen Bedingungen festzustellen, die sozial abweichendes bzw. das soziale Zusammenleben störende und kriminelles Verhalten hervorbringen«.

Da fällt die Abgrenzung zu konservativen Ansätzen schwer, die ebenfalls im Rahmen der Präventionsarbeit eine umfangreiche Datenerhebung vorsehen. Es droht eine unverantwortliche Sozialkontrolle, die von der PDS vehement abgelehnt werden mußte.

Meines Erachtens ist es zu begrüßen, daß im Entwurf des Wahlprogramms betont wird, daß in Präventionsräten die Polizei »lediglich eine beratende Funktion ausüben« soll. Dies ist notwendig, um eine dominierende Rolle der Polizei in diesen Gremien zu verhindern.

In diesem Zusammenhang ein letzter Gedanke:

Ein PDS-Landesverband hatte jüngst zu einer Konferenz eingeladen, um dort über kriminalpolitische Vorstellungen zu debattieren. Auf diesem Treffen waren – neben unseren Genossinnen und Genossen – auch die Vertreter der »Gewerkschaft der Polizei«, des »Bundes Deutscher Kriminalbeamter« sowie der Landespolizei eingeladen. Sie alle hatten Rederecht – was ich ihnen gar nicht absprechen möchte. Ich frage mich nur, warum waren dort keine »Kritischen PolizistInnen«, keine einzige BürgerInnenrechtsvereinigung und keine DatenschützerIn? Ebenso fehlten »amnesty international« und antirassistische Gruppen, wie z. B. »SOS Rassismus«.

Diese Gruppen arbeiten seit Jahren kontinuierlich zu den von uns diskutierten Fragen. Sie kümmern sich um die Rechte der von dieser Gesellschaft diskriminierten Menschen. Die PDS kann es sich nicht leisten, abzuwarten, bis diese Gruppen sich auf uns zubewegen. Wir müssen endlich akzeptieren, daß bürgerrechtliche und antirassistische Gruppen – auch und gerade in der Kriminalpolitik – unsere Ansprech- und BündnispartnerInnen sind.

Ein selbstkritisches Wort zum Schluß:

Wieder einmal hinken wir meilenweit hinter den Bündnisgrünen hinterher: Wäre es nicht politisch klug gewesen, wir hätten – damals wie heute – möglichst viele BürgerInnenrechtsgruppen aufs Podium eingeladen, um uns ihre Ansichten anzuhören und gemeinsam mit ihnen zu reden und – wenn nötig – auch zu streiten?